

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 28.05.2025
Lfd. Nr. : 13.4
Drs. Nr. : 1755/XXI
schriftlich :

nachrichtlich den Fraktionen
der CDU, SPD, Grüne, LINKE, AfD

Beantwortung der Großen Anfrage

Ramadanzwang an Neuköllner Schulen

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kapitän,

für das Bezirksamt beantworte ich die Große Anfrage der Fraktion der AfD wie folgt:

Zu 1.:

Es wurden keine Schülerinnen und Schüler gezwungen, am Fastenbrechen teilzunehmen.

Zu 2.:

Entfällt.

Zu 3.:

Es sind keine Fälle bekannt.

Zu 4.:

Das Bezirksamt achtet die religiös-weltanschauliche Neutralität an Schulen, die sich im Übrigen auch bereits aus dem Beutelsbacher Konsens ergibt. Hierbei weise ich auf die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hin.

Zu 5.:

Auch hier weise ich auf die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hin. Sofern Fälle religiösen Mobbing, konfrontativer Religionsbekundungen sowie islamistischer Ideologisierung auftreten, werden diese in den regelmäßigen Gesprächen mit der regionalen Schulaufsicht thematisiert. Im Bedarfsfall, wie in den Wochen nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, als es an Neuköllner Schulen vielfach zu Solidaritätsbekundungen mit der Hamas kam, unterstützt das Bezirksamt die betroffenen Schulen. So wurde etwa im Oktober 2023 am Ernst-Abbe-Gymnasium kurzfristig ein Wachschutz zur Verfügung gestellt.

Janine Wolter
Bezirksstadrätin